

partei

# Ein revolutionäres Gesetz

**AUFRUF ZUR TAT**

## **REDEN**

des Landesvorsitzenden **WILLY KNOTHE**  
und der Landtagsabgeordneten  
**KURT MOOSDORF** und **HEINRICH FISCHER**  
zum wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht  
der Betriebsräte

SPD VERLAG FRANKFURT/MAIN 1948

A 98 - 04400



A 98 - 04400

## Vorwort

Der Artikel 37 der Hessischen Verfassung, die am 1. Dezember 1946 von der überwältigenden Mehrheit des Hessischen Volkes angenommen wurde, lautet:

„Angestellte, Arbeiter und Beamte in allen Betrieben und Behörden erhalten unter Mitwirkung der Gewerkschaften gemeinsame Betriebsvertretungen, die in allgemeiner, freier, geheimer und unmittelbarer Wahl von den Arbeitnehmern zu wählen sind.

Die Betriebsvertretungen sind dazu berufen, im Benehmen mit den Gewerkschaften gleichberechtigt mit den Unternehmern in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen des Betriebes mitzubestimmen.

Das Nähere regelt das Gesetz.“

Durch das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben wird zum ersten Mal in der Sozialgeschichte der entscheidende Schritt zur Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie getan. Jahrzehntlang entbrannte der Kampf um die Frage, ob eine politische Demokratie schon als Demokratie anzusprechen sei.

Die sozialistische Arbeiterschaft, in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften organisiert, kämpfte vor und nach der Errichtung der Weimarer Republik um den sozialen Inhalt des Staates. Die Sozialversicherung und die anderen Institutionen der Sozialfürsorge wurden schließlich so ausgebaut, daß der deutsche Volksstaat in der Zeit von 1919 bis 1933 als die sozial fortschrittlichste Staatsform der Erde allseits anerkannt wurde. Der entscheidende Schritt aber, der die Demokratie in seinen Grundfesten gesichert und ihr soziales Werk gekrönt hätte, konnte durch die politischen Machtverhältnisse nicht getan und die Weimarer Verfassung vollinhaltlich nicht verwirklicht werden; die Wirtschaftsdemokratie blieb ein Programm. Die wirtschaftliche Macht in Deutschland war in den Händen des reaktionären Großbesitzes. An diesem Zwiespalt zerbrach die Weimarer Republik, oder wie der Abg. Heinrich Fischer in seiner wiedergegebenen Landtagsrede sagte, „der Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht sprengte eine politische Staatsmacht und machte sie arbeitsunfähig.“

Nunmehr unternahm das Land Hessen den entscheidenden Schritt zur Verwirklichung einer integralen Demokratie: die Arbeiter sollen durch ihre Betriebsvertretungen gleichberechtigt mit den Unternehmern in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen des Betriebes mitbestimmen.

Nach drei Lesungen vor dem Hessischen Landtag, nach zahlreichen Ausschusssitzungen, Sachverständigen-Gutachten, nach beispiellos vielen Erwägungen, Änderungen und Verständigungen zwischen den Parteien, wurde schließlich das Gesetz von der überwiegenden Mehrheit des Hessischen Landtages mit 70 Stimmen der SPD, CDU und KPD gegen 14 der LDP am 26. Mai 1948 angenommen.

Die Stunde der Entscheidung wurde für alle Anwesenden im Hessischen Landtag zu einem tiefbewegenden Erlebnis; impulsiv erhoben sich die Abgeordneten der Verfassungspartei zu begeistertsten Ovationen.

Der Annahme des Gesetzes gingen lobhafte Debatten im Landtag voraus. Nachfolgend geben wir die Reden der sozialdemokratischen Sprecher Kurt Moosdorf und Heinrich Fischer wieder, um damit einen anschaulichen Begriff von der revolutionären Bedeutung des Hessischen Betriebsrätegesetzes zu vermitteln.

Nach der Annahme durch den Hessischen Landtag mußte das Gesetz der Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt werden, die aber bis zur Stunde, trotz Eingaben und Protesten der Parteien und Gewerkschaften, nicht erfolgte. In dieser Situation, die bei Verweigerung der Zusage die hessische Arbeiterschaft zu geschlossenen Entscheidungen, dem Hessischen Landtag zur Auflösung und die Hessische Regierung zum Rücktritt zwingen würde, sprach der Landesvorsitzende der SPD Hessen, Willy Knothe in Offenbach a. M. zu sozialdemokratischen Betriebsfunktionären und entwarf in seiner Rede ein Bild der politischen und sozialen Gesamtsituation. Die Worte Knothes waren sehr eindringlich gehalten und sind von erster Verantwortung gegenüber der Arbeiterschaft getragen, so daß sie bei allen Versammlungsteilnehmern einen nachhaltigen Eindruck hinterließen. Diese Rede Willy Knothes stellen wir an den Eingang dieser Broschüre, um so unseren Lesern einen Überblick und Einblick in den gesamten Fragenkomplex zu vermitteln, der mit dem wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft verbunden ist.

Die Reden sind ungekürzt, im natürlichen Fluß des gesprochenen Wortes wiedergegeben und sollen dadurch den Lesern einen unmittelbaren Eindruck vermitteln. Bei den Landtagsreden wurden auch die Zwischenrufe aufgenommen; daher verzichteten wir auf eine besondere drucktechnische Auszeichnung.

Wir hoffen, mit der vorliegenden Schrift einen wichtigen Diskussionsbeitrag bei den tiefgehenden Auseinandersetzungen zu liefern, wie sie durch das Betriebsrätegesetz und die Verzögerung seiner Genehmigung durch die Militärregierung ausgelöst werden.

## Ein revolutionäres Gesetz

Rede des Landesvorsitzenden der SPD Hessen, Willy Knothe,  
vor sozialdemokratischen Betriebsfunktionären in Offenbach a. M.

Genossen und Genossinnen!

Die deutsche Arbeiterschaft muß von der Erkenntnis durchdrungen sein, daß nach dem Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems die geistigen Voraussetzungen wirksam werden müssen, um eine Umformung und Neuordnung unseres gesellschaftlichen Lebens herbeiführen zu können. Eine Aenderung des gesellschaftlichen Zustandes im Sinne des Sozialismus ist nur möglich, wenn wir demokratische Wirtschaftsmethoden, kurzum, wenn wir die Wirtschaftsdemokratie einführen. Dazu muß aber gerade von der Arbeiterschaft der geistige und sittliche Kraftstrom ausgehen, der gemeinsam mit stärkster Aktivität und in tagheller Klarheit den Sozialismus der Verwirklichung zuführt.

**Nicht Objekt, sondern Subjekt der Wirtschaft**

Unser geistiges und politisches Ringen gründet sich auf der sittlichen Forderung, daß der Mensch nicht Objekt im Wirtschaftsleben sein darf, sondern der schaffende Mensch soll in einer demokratischen Wirtschaft korrigierend und produktionsfördernd im Sinne der Gesamtgesellschaft tätig sein. Auf der Kommandobrücke der Wirtschaft darf nicht mehr allein der Besitzbürger stehen, sondern dort muß auch der Werk tätige leitenden Einfluß haben und durch seinen Betriebsrat in der Betriebsführung maßgeblich mitwirken, mehr als das jemals in Deutschland und in Europa der Fall war. Die Funktionäre haben sich die Frage vorzulegen: Welchen Sinn hat überhaupt unser Kampf, besonders unser politischer und sozialer Kampf? Wenn unser Kampf einen Sinn haben soll, dann kann es nur der sein, sich in allen Gebieten des menschlichen Lebens, besonders aber im sozial-ökonomischen Bereich dafür einzusetzen, daß der arbeitende Mensch seinen gerechten Anteil an dem durch die Wirtschaft erzeugten Wohlstand erhält.

Gerade die gegenwärtigen chaotischen Zustände, die durch einen Wirtschaftsabsolutismus in Verbindung mit einer hemmungslosen Machtpolitik herbeigeführt wurden, beweisen die Richtigkeit und Notwendigkeit des Einflusses der Arbeitnehmerschaft auf dem Gebiete der Wirtschaft im allgemeinen und der Betriebswirtschaft im besonderen.

**Zwei Möglichkeiten**

Die politischen Kräfteverhältnisse — denken wir z. B. an den bizonalen Wirtschaftsrat — lassen es z. Zt. noch nicht zu, daß wir aus eigener Kraft alle im demokratischen Sozialismus begründeten Möglichkeiten zur Neugestaltung auf den verschiedensten Gebieten unseres Lebens auswerten können. Für uns Sozialisten sehe ich zwei Wege der erfolgreichen Durchsetzung unseres Willens zur Erreichung dieses Zieles. Die eine Möglichkeit besteht darin, unsere hessische Verfassung durch

entsprechende Gesetze in unserem Sinne zu realisieren. Durch solch ein sozialistisches Gestalten könnte eine derartige Wirkung erzielt werden, daß größere, zur Zeit noch abseits stehende, uninteressierte Menschenmassen erfaßt und für unsere sozialistische Politik gewonnen würden. Die zweite Möglichkeit, die die erste nicht aussondern vielmehr einschließt, bietet der Versuch, sozial fortschrittliche Kräfte des Bürgertums bei bestimmten Neuordnungen, die durch unsere Initiative eingeleitet wurden, vom Werte sozialistischer Politik zu überzeugen, so daß sich diese Bevölkerungsschichten aus den gewonnenen Erkenntnissen zu uns hingezogen fühlen.

Ich halte nach wie vor an dem Gedanken fest, daß, wenn unserer Politik die notwendige Dynamik innewohnt, dann die Partei einem Manne gleicht, der durch die Macht seiner kraftvollen Persönlichkeit in der Lage ist, schwache, noch unentschiedene Menschen für sich zu gewinnen. Zudem vertritt ich die Ansicht, daß die fortschrittliche hessische Verfassung wie das in seiner Art revolutionäre Betriebsrätegesetz, also die Politik der hessischen Regierung und des hessischen Landtages, in Verbindung mit den klaren sozialdemokratischen Richtlinien, die auf unseren Parteitagen in Hannover und Nürnberg verkündet wurden, dazu führen müßte, die geistig und physisch Schaffenden wie die zum Teil sozial entwurzelten bürgerlichen Mittelschichten zu uns herüberzuziehen.

Eine solche fortschrittliche Politik kann sich jedoch nur dann magnetisch auswirken, wenn unsere Funktionäre es verstehen, sie den Massen klar und verständlich zu machen.

#### Die Siegermächte unterbanden die Revolution

Heute will ich es noch einmal betonen, was ich schon des öfteren bei verschiedenen Gelegenheiten gesagt habe, daß das deutsche Volk nach seiner vollständigen Niederlage im Jahre 1945 vor einer geschichtlichen Wende stand, die zu einer revolutionären Bewegung hätte führen müssen. Eine solche Revolution war eine geschichtliche Notwendigkeit, und wurde allein durch die Entmachtung Deutschlands durch die Siegermächte unterbunden. Darum ist es nunmehr nach meiner Meinung unsere Aufgabe, auf dem Wege einer fortschreitenden Entwicklung in der Demokratie die Ziele zu erreichen, die durch das Sicherungsbestreben der Siegermächte im Jahre 1945 zu erreichen wir nicht in der Lage waren.

#### Die Hessische Verfassung ist eine Pionierarbeit

Ein wichtiger Markstein auf dem Wege zur Erreichung dieser Ziele ist die Hessische Verfassung, die unter hervorragender Mitwirkung der Sozialdemokratischen Partei geschaffen wurde. Die Hessische Verfassung ist nicht nur die fortschrittlichste Verfassung aller deutschen Länder, sondern sogar als die fortschrittlichste Verfassung Europas zu bezeichnen. Trotzdem weist sie Merkmale von Kompromissen auf, da die Hessische Verfassung von drei verschiedenen Parteien gestaltet wurde. Der stärkste politische Einfluß ging aber von Frauen und Männern der SPD aus, die in der Verfassungsberatenden Landesversammlung ihr Bestes hergaben, um in unermüdlicher Arbeit eine Neugestaltung unseres sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens herbeizuführen. Ein führender Sozialist konnte deshalb mit Recht sagen, daß unsere Hessische Verfassung das Modell für die Formung der künftigen Reichsverfassung sei.

#### Das hessische Betriebsrätegesetz ist ein Höhepunkt

Das am 26. Mai 1948 vom Hessischen Landtag durch die Parteien, die seinerzeit auch die Hessische Verfassung schufen, angenommene Be-

triebsrätegesetz ist ebenfalls auf einem Kompromiß aufgebaut und zeigt daher bis zu einem gewissen Grade dieselben Merkmale, wie sie in der Verfassung zum Ausdruck kommen. Aber auch das Betriebsrätegesetz könnte genau wie die Hessische Verfassung nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa als Modell dienen. Das zu sagen halte ich deswegen für geboten und für notwendig, um Ihnen aufzuzeigen, daß das im Hessischen Landtag verabschiedete Betriebsrätegesetz für sich beanspruchen kann, der Form und dem Inhalt nach einzigartig in Deutschland und Europa zu sein.

Bei dieser Gelegenheit will ich besonders anerkennend die disziplinierte Haltung der Landtagsfraktion der CDU hervorheben. Vor allen Dingen deshalb, weil diese Fraktion sich aus Männern und Frauen der verschiedensten sozialen Schattierungen zusammensetzt. Es war der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Hilpert, der nach der mehrstündigen Sitzung anlässlich der Annahme des Betriebsrätegesetzes sich zu mir wandte und sagte: „Sie hatten es doch viel leichter bei der Annahme des Betriebsrätegesetzes, denn Ihre Partei setzt sich sozial einheitlich zusammen“. „Aber“, so hat er mir gesagt, „wir haben wieder einmal bewiesen, daß wir bereit waren, die Koalition aufrechtzuerhalten, indem wir für ein Gesetz stimmten, das nicht von der Gesamtheit der CDU freudig begrüßt wird“. Trotz mancher Bedenken, die die kommunistische Landtagsfraktion dem Betriebsrätegesetz entgegenbrachte, stimmte auch sie dafür und beteiligte sich nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses zum Teil stehend an den Ovationen.

#### Evolution schafft Möglichkeiten

Diese beiden Beispiele sollen beweisen, daß es möglich ist, auf dem Wege der Evolution im Interesse des politischen und sozialen Fortschritts, durch Zusammenwirken mit anderen politischen Kräften, Positives zu erreichen. Man könnte mir jetzt entgegenhalten, daß die Dinge auf einer anderen Ebene, z. B. auf der größeren Ebene des Wirtschaftsrates, schon anders aussehen. Zugegeben, unbedingt richtig! Dort sitzen auch Männer der CDU. Sie kommen zum Teil von den gewaltigen Produktionsstätten, die für Deutschland, für ganz Europa von Wichtigkeit sind. Sie sitzen im Kohlenpott, sie sitzen in den Städten der deutschen Schwerindustrie. Es sind Männer, gekennzeichnet durch ihre direkte Einflußnahme an dem gewaltigen Werke des rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgebietes, gekennzeichnet durch ihre Beeinflussung dieser Werke.

Ich werde versuchen, Genossinnen und Genossen, in meinem Referat noch erklärend darauf hinweisen, daß wir Sozialisten viel, viel schwerere Kämpfe auszufechten haben, als es großen Teilen der Bevölkerung bedauerlicherweise bis heute bewußt ist. Aber wenn wir auch in den Gemeinden, Städten, Kreisen und Ländern uns meistens nicht allein durchzusetzen vermögen und unsere Politik nicht eindeutig verwirklichen können, so müssen wir doch alle Möglichkeiten erschöpfen, um unseren politischen Willen gestaltend zum Ausdruck zu bringen.

Als wir Landtagsabgeordnete der SPD die Rede des CDU-Abgeordneten Fleckenstein in der letzten Sitzung anlässlich der Beratung des Betriebsrätegesetzes hörten, da war es für uns — ich glaube, unser Freund Moosdorf wird es Ihnen bestätigen — ein Erlebnis, was dieser Mann sagte. Das hätte kein Sozialist besser machen können. Und als wir gestern an einer anderen Stelle darüber diskutierten, da habe ich mir gesagt, daß es doch möglich sein sollte, bei einer klugen Politik der Sozialdemokratischen Partei und bei einer Taktik, die nicht ablegt, sondern

die Tore weit offen läßt, erhebliche Teile dieser Menschen zu uns herüberzuziehen.

### Verantwortung und Verpflichtung

Und nun, Genossinnen und Genossen, einiges über das Betriebsrätegesetz. Der Arbeiterschaft und vornehmlich unseren Funktionären in den Betrieben erwächst aus dem Artikel 37 der Verfassung und dem nun geschaffenen Gesetz eine große Verantwortung und eine ebenso große innere Verpflichtung. Durch dieses Gesetz wird ein neuer Abschnitt in der betriebswirtschaftlichen Gestaltung Platz greifen. Für uns demokratische Sozialisten kann das Betriebsrätegesetz zu einem Menetekel oder aber zu einem Fanal werden. Um dieses Gesetz im Sinne des Gesetzgebers zu realisieren, bedarf es bei der Arbeitnehmerschaft geistiger Voraussetzungen und einer innerlichen Bereitschaft, mitzuhelfen, daß nun die Demokratisierung der Wirtschaft tatsächlich Wirklichkeit wird. Es wird die Aufgabe des Landtages, der Gewerkschaften und vornehmlich unserer Partei sein, dazu beizutragen, daß durch tiefgehende, unausgesetzte Schulung die Voraussetzungen geschaffen werden, dem Gesetz nun den Geist einzuhauchen, der allein die Möglichkeit gibt, eine Neugestaltung durch das Zusammenwachsen der verschiedensten Kräfte in unserem Sinne zu garantieren. Es kann und darf nicht sein, Genossinnen und Genossen, daß sich die Betriebsräte von der Betriebsführung überfahren lassen, sondern sie müssen nach meiner Meinung zum produktionsfördernden Aufbau beitragen und den Betrieb sozial so gestalten, wie es unseren Absichten entspricht.

Ich will heute morgen ganz klar zum Ausdruck bringen, daß ich als Sozialdemokrat mit der Tätigkeit vieler unserer Betriebsräte nicht einverstanden sein kann, genau so, wie ich mit vielen Spruchkammerurteilen nicht einverstanden war und auch heute noch nicht bin. Es muß uns gelingen, unsere Betriebsräte durch intensive, monatlang andauernde Schulungsarbeit geistig auf die Höhe zu bringen, auf die sie gebracht werden müssen, damit das Betriebsrätegesetz in zwei, drei oder fünf Jahren sich nicht gegen uns, gegen die Demokratisierung der Wirtschaft und gegen den Sozialismus wendet, sondern daß dem Betriebsrätegesetz durch unseren geistigen, politischen und ökonomischen Entschlußwillen zu einem entscheidenden Durchbruch verholfen wird. Das kann nur geschehen durch zielbewußte Schulungsarbeit, für die wir uns in jeder Weise einzusetzen haben!

### Verdiente Anerkennung

Wir Arbeiter, die wir in diesem Gesetz eine große Tat, eine wirklich große Tat sehen, sind der Meinung, daß auch der Geist der Arbeiterschaft, der Geist der Demokratie und des Sozialismus in die Durchführung des Gesetzes hineingebaut werden kann und muß. Bei dieser Gelegenheit, Genossinnen und Genossen, will ich nicht verfehlen, dankend und anerkennend darauf hinzuweisen, daß es unser Genosse Dr. Engler gewesen ist, der in unermüdlicher geistiger Arbeit sich um die Mitgestaltung des Gesetzes bemühte. Dr. Engler, der so vielen Widerständen und Anfeindungen ausgesetzt war, hat nur wenig Anerkennung erfahren. Ich will an dieser Stelle aber auch meinen Dank aussprechen den treuen Mitarbeitern Kurt Moosdorf, Heinrich Flischer und allen Genossinnen und Genossen, die im Parlament in vielen, vielen Sitzungen die Voraussetzungen für die Gestaltung dieses Gesetzes gemeinsam geschaffen haben. Ich sage das nicht, um diese Männer und Frauen besonders herauszustellen, aber andererseits bin ich der Meinung, gerade wir Sozialisten sollten uns Personen gegenüber nicht immer nur in Kritik

und Ablehnung gefallen. Wenn unsere Männer und Frauen oftmals wüßten, wie unsozialistisch ihr Benehmen ist! Wir sollten als Sozialisten uns daran gewöhnen, eine im Interesse der Allgemeinheit geleistete Arbeit rückhaltlos anzuerkennen.

(Lebhafter Beifall)

Das gilt nicht nur für die Männer und Frauen, von denen ich eben gesprochen habe, das gilt auch für die Betriebsräte, für die Männer, die im Betrieb stehen und von deren Wirken man oft keine Ahnung hat, von deren Schwierigkeiten, mit denen sie oft zu kämpfen haben, wir nichts wissen. Das sind die Männer und Frauen, die berufen sind, den Geist des Betriebsrätegesetzes in die Betriebe hineinzutragen, damit der Sozialismus, das stärkste Fundament des Staates und der Wirtschaft, nicht nur auf dem Papier stehen bleibt. Ich bin der Auffassung, daß die Gewerkschaften, aber auch die hessische Regierung, nun die wirklich große Aufgabe haben, alles zu tun, um die Voraussetzungen zu schaffen, auf daß das Gesetz so ausgeführt werde, wie es der Gesetzgeber wollte. Ich will nicht verkennen, daß es da und dort einige Direktoren gibt, denen diese oder jene Formulierung in dem Gesetz nicht paßt. Ich will sogar zugestehen, daß man gegenwärtig gegen diesen oder jenen Passus des Gesetzes Bedenken vorbringen könnte. Das Gesetz ist jedoch nur in seiner Gesamtheit zu beurteilen. Wenn es realisiert wird, dann wird man in drei, vier Jahren in der hessischen Betriebswirtschaft ein ganz anderes Urteil darüber haben als heute.

### Ein Schattendasein.

Genossinnen und Genossen, lassen Sie mich jetzt zu einer anderen Sache sprechen. Die soziale Lage des deutschen Volkes ist jetzt, drei Jahre nach Beendigung des Krieges, immer noch katastrophal. Wir wollen es heute in aller Öffentlichkeit anklagend und mahnend hinausrufen, daß der sogenannte Normalverbraucher nur noch ein Schattendasein führt.

Genossinnen und Genossen, wir sollten es den Amerikanern und den Engländern tagtäglich in die Ohren schreien, wir sollten doch noch den Versuch machen, ihre Sinne und ihre Herzen zu erwecken für das maßlose Elend, in dem sich ca. 60 bis 65 Millionen deutsche Menschen befinden. Unterernährung, Tuberkulose, Rachitis, Geisteskrankheiten sind die Merkmale dieses sozialen Unglücks, in dem wir uns befinden. Weitere Merkmale sind physische und geistige Schwächung des menschlichen Körpers, wodurch Arbeitslähmung und Arbeitsunlust hervorgerufen werden. Verstümmelten Amerikanern und Engländern muß doch die Vorstellung absurd und unvertretbar sein, daß eine Intensivierung der Wirtschaft — denken wir an den Marshall-Plan! — mit den ausgemergelten Körpern unserer Arbeiter in der Industrie erfolgen kann. Ein Schweizer Gewerkschaftler hat mir gesagt, daß er in einem Betrieb gewesen ist. Dort sind die Arbeiter zusammengebrochen und können die Arbeit nicht mehr leisten, weil es einfach an der physischen Kraft fehlt, weil die Ernährung so schlecht ist, daß sie nicht durchhalten können. Ich will aber auch hier und vor aller Welt sagen: Es ist ein Ruhmesblatt für das Gros der deutschen Arbeiter, daß sie unter so grausamen Lebensbedingungen noch die Verpflichtung zur Arbeit in sich wachhalten und der Verpflichtung zur Arbeit bis zum körperlichen Zusammenbruch nachgehen. Man kann, Genossinnen und Genossen, wahrhaftig sagen, daß Deutschland nur noch lebt durch die Diszipliniertheit des deutschen Arbeiters, und diese Disziplin ist zum Wesen der deutschen Arbeiterschaft geworden durch die jahrzehntelange Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei. Wenn es nicht so wäre, dann wäre die ganze

deutsche Wirtschaft schon vor die Hunde gegangen, weil die Arbeitskraft eine solche Lähmung erfuhr, daß es geradezu ein Wunder ist, wenn der deutsche Arbeiter, der Normalverbraucher ist oder vielleicht auch Schwerarbeiterzulage bekommt, überhaupt noch standhält und die Kräfte für seine Arbeit aufbringt. Genossinnen und Genossen, diese Haltung des deutschen Arbeiters ist nach meiner Meinung auch in hohem Maße als sittliche Größe zu werten. Wir Sozialdemokraten werden uns immer und immer wieder an die große Öffentlichkeit wenden müssen, damit die Welt Verständnis für diese saubere, großartige Haltung des deutschen Arbeiters aufbringt. Wenn ein anderes Volk sich in einer solchen Katastrophe befinden würde wie in der unsrigen, wer weiß, ob es überhaupt die Kraft aufgebracht hätte, unter solchen Bedingungen das zu leisten, was bei uns geleistet wurde!

### Kampf den Parasiten

Die Kategorie innerhalb des deutschen Volkes, deren Lebensstandard im allgemeinen höher ist als der des deutschen Arbeiters, sind die Besitzbürger und Parasiten, die vom schwarzen und grauen Markt leben und kein Quentchen dazu beitragen, daß es wieder aufwärts geht. Allem voran steht uns aber die Erhaltung und Stärkung der Arbeitskraft des deutschen Arbeiters! Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen ist die Ernährung das wichtigste Problem.

### Ein ungesundes Zulagesystem

Genossinnen und Genossen! Gesagt werden muß, daß die Erfassung landwirtschaftlicher Produkte in Hessen trotz der ziemlich hohen Veranlagung nahezu hundertprozentig erfolgreich war. Dies gab sogar Schlange-Schönigen zu, als er erklärte, Hessens Erfassungspolitik sei hervorragend. Da man auch auf amerikanischer Seite der Auffassung ist, daß bei den uns zur Verfügung stehenden Lebensmitteln die Arbeitsintensität nicht gehalten werden kann, ging man dazu über, Anreizmittel zur Erfüllung der Produktion, zur Erfüllung bestimmter wirtschaftlicher Aufgaben zu schaffen. Damit komme ich auf ein Gebiet, das wir sozialdemokratischen Funktionäre kritisch unter die Lupe nehmen müssen. Hier komme ich auf ein Gebiet, von dem ich auf das bestimmteste weiß, daß es heißer Boden ist. Ich bin der Meinung, wir müssen wohlweislich als Funktionäre über diese Dinge sehr klar denken und richtig oder unrichtig unterscheiden. Weil der Bergarbeiter mit den Zuteilungen an Lebensmittel nicht auszukommen vermag, ist man von seiten der amerikanischen und britischen Militärbehörden dazu übergegangen, das Punktsystem einzuführen. Unsere Partei ist der Auffassung, daß das ein zweischneidiges Schwert sei. Als die Bergarbeiter in den Besitz von mehr Fett, mehr Mehl, mehr Schnaps kamen, stieg in der Tat die Produktion. Als diese Anreizmittel ausblieben, fiel die Produktion. Ich sage das deshalb, um unter Beweis zu stellen, daß, wenn es uns möglich wäre, mit Hilfe von Importen aus Amerika nicht nur den Bergarbeitern, sondern der gesamten deutschen Bevölkerung, vornehmlich der Arbeiterschaft, eine ausreichende Ernährung zur Verfügung zu stellen, wir dann einen ganz anderen, und zwar weit höheren Produktionsstand zu verzeichnen hätten, als wir ihn jetzt haben.

Ein weiterer Anreiz wurde auf Anordnung der westlichen Besatzungsmächte einem Teil der Exportindustrie gegeben. Dieser Anreiz besteht in dem sogenannten Exportbonus B. Dadurch soll eine Leistungssteigerung innerhalb der Exportindustrie erzielt werden. Genossinnen und Genossen, wir wissen, daß es in der Exportindustrie Betriebsleute gibt, die alle Mo-

nat ihr Oel, Fett, ihren Käse und andere Lebensmittel bekommen, und zwar mehr, als der Normalverbraucher im ganzen Jahr.

Es wäre ein Wahnwitz, anzunehmen, wir Sozialdemokraten seien der Auffassung, den Leuten sollte das nicht gewährt werden. Nein, wir sind einer anderen Auffassung. Diese Extrazuwendungen müssen der gesamten Arbeiterschaft zustehen! Denn außer den Betrieben der Exportindustrie gibt es viele Betriebe, die nicht exportieren, deren Arbeiter aber eine besonders schwere Aufgabe erfüllen müssen. Denken Sie z. B. an das Gaswerk Frankfurt-Ost. Wenn ich dorthin komme, so sehe ich eindringlich, wie schwer die Arbeiter schuften müssen und welch große Verantwortung sie tragen. Diese Arbeiter bekommen keinen Exportbonus. Nehmen Sie einen Kleinbetrieb von vielleicht 50 Mann, z. B. in der Autoindustrie, in dem hart gearbeitet werden muß. Dort gibt es ebenfalls keinen Exportbonus, und der Arbeiter steht nach seiner schweren Tagesarbeit abends fast vor dem Zusammenbrechen. Wir Sozialisten sind gewiß nicht dagegen, daß die Exportarbeiter erhöhte Quoten an Lebensmitteln bekommen. Aber wir sind der Meinung, die maßgeblichen Kreise, die den Exportbonus B einführen, haben damit die gleiche Meinung wie wir bekundet, daß die Arbeiter mit den ihnen zur Verfügung gestellten Lebensmitteln einfach nicht auskommen können, und gerade deshalb muß dafür gesorgt werden, daß der allgemeine Lebensstandard erhöht wird.

Durch das Punktsystem auf der einen und durch den Exportbonus B auf der anderen Seite wurde eine große Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft der nicht begünstigten Betriebe hervorgerufen, denn es darf nicht vergessen werden, daß die Arbeiter in den Betrieben, die diese Vergünstigungen nicht erhalten, mit der ihnen zugeteilten Nahrungsmenge nicht auskommen können. Genossinnen und Genossen, ich bin der Meinung, daß es angebracht ist, wenn die Sozialdemokratische Partei einem derartigen Begünstigungssystem, das nur bestimmte Gruppen der Arbeiterschaft mit Zusatznahrung zur Leistungssteigerung bedenkt, kritisch und besorgt gegenübersteht. Darum haben wir von unseren sozialistisch-demokratischen Betriebsräten eine sofortige Revision des Zulageswesens, eine Kontrolle der Krankenzulagen und der Lebensmittelzuteilung im allgemeinen zu fordern, um unter Verwendung der anfallenden Lebensmittel zu einer Erhöhung der Normalverbraucherration zu kommen. Wir müssen zum Ausdruck bringen: Gerade weil Ihr Besatzungsmächte anerkennt, daß den Bergarbeitern und den Arbeitern bestimmter Exportindustrien Lebensmittelzulagen gewährt werden müssen, habt Ihr unsere Ansicht erhärtet, daß der deutsche Arbeiter diese Zulagen benötigt; habt Ihr mit uns bezeugt, daß im allgemeinen der deutsche arbeitende Mensch mit den ihm zustehenden Lebensmittelrationen nicht auszukommen vermag, wenn er seine Arbeitskraft so intensiv in den Dienst der Wirtschaft stellen soll, wie es im Interesse der deutschen Wirtschaft nötig ist.

### Abbau der Zwangswirtschaft

Eine weitere Forderung von uns muß zum Ausdruck bringen, daß wir einen fortschreitenden Abbau der durch den Hitlerkrieg notwendig gewordenen Zwangsbewirtschaftung für erforderlich halten. Das heute morgen vor den Spitzenfunktionären der Partei nachdrücklich zu betonen, halte ich für angebracht. Wir haben auch schärfste Preiskontrolle unter Mitwirkung der Gewerkschaften zu fordern.

Genossinnen und Genossen! Die Preispolitik des Wirtschaftsrates ist für uns Arbeiter unannehmbar, wenn nicht eine entsprechende Lohn- und Gehaltspolitik wirksam wird. Wenn durch die Preisbildungspolitik die allgemeine Lebenshaltung um 40% erhöht wird, dann ist eine Lohnerhöhung um nur 15% für die deutsche Arbeiterschaft untragbar. Man sieht,

daß die Preise für Kohle und Stahl als industrielle Schlüsselprodukte erhöht worden sind, wir wissen, daß im Wirtschaftsrat der Preis für Kartoffeln, unser wichtigstes Nahrungsmittel, ebenfalls eine Erhöhung erfahren hat und nun werden auch noch die Preise für Milch und andere lebenswichtige Produkte des täglichen Gebrauchs erhöht. Dabei können wir heute noch gar nicht Stellung nehmen zu den Auswirkungen weiterer unsozialer Steuererhöhungen. Ich sage das deshalb, um Ihnen zu zeigen, welche Kampfkraft wir entwickeln müssen innerhalb unserer Partei, wie die Funktionäre alles tun müssen, damit gegebenenfalls der Wille der Partei geschlossen und unabweisbar zum Ausdruck kommen kann. Es war nicht so wichtig, wenn ich in den Jahren 1945/46 vor 2000 Funktionären sprach. Es bedeutet viel mehr, wenn ich dies heute tue. Die Situation ist eine vollkommen andere geworden. Die Situation hat sich derartig entwickelt, daß der Grad unserer Aktivität über die Existenz der sozialistischen Arbeiterschaft weiterhin entscheiden wird.

### Eine untragbare Preispolitik

In ihrer Gesamtheit bringen diese Preiserhöhungen eine Abschöpfung der Kaufkraft der breiten Massen nach der Währungsreform in Höhe von 1,2 bis 2 Milliarden in der Bizone. Wenn keine Angleichung der Löhne stattfindet, muß nach meinem Dafürhalten die Währungsreform eine untragbare Herabsetzung des Reallohnes zur Folge haben. Da müssen die Betriebsräte gemeinsam mit uns versuchen, Wege zu finden, eine brauchbare Lösung herbeizuführen.

Genossinnen und Genossen! Lassen Sie mich auch ein Wort sagen zu dem Wirtschaftsplan der Amerikaner, diesem großangelegten Versuch, eine Gesundung Europas herbeizuführen. Kein maßgeblicher Funktionär in der Sozialdemokratischen Partei erklärte jemals, daß wir gegen den Marshall-Plan seien.

### Bedingter Wert des H.R.P.

Wir wissen, daß wir, wenn wir keine Kredite bekommen, einfach nicht mehr leben können, und wir haben kein Interesse daran, daß im Westen Europas ein Chaos entsteht. Wir warnen aber unsere Funktionäre vor übertriebenen Hoffnungen über die Auswirkungen des Marshall-Plans. Die Mittel, insbesondere für Westdeutschland, sind meiner Meinung nach unzureichend. Während beispielsweise für die deutsche Produktion ein Mangel an Kohle zu verzeichnen ist, sollen 18 Millionen Tonnen Kohle und Koks exportiert werden. Ich habe unserem Fraktionsvorsitzenden Wagner im Landtag vor einigen Tagen eine „Große Anfrage“ überreicht, aus der hervorgeht, daß die Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei sich dagegen wendet, wenn ein Mann der Bizonalen Verwaltung bei den Beratungen in Paris die Auffassung vertreten hat, 12 Zentner Kohle genügt für den nächsten Winter als Hausbrand. Die „Große Anfrage“ ist noch nicht behandelt worden, daher konnte die sozialdemokratische Landtagsfraktion dazu noch nicht öffentlich Stellung nehmen. Wir vertreten die Auffassung, daß wir, da die Haushalte früher im Durchschnitt 40 Zentner Hausbrand im Winter bezogen haben, für den kommenden Winter 20 Zentner brauchen. Weiter vertreten wir die Auffassung, daß man bei 20 Zentner Hausbrandkohle den Steinkohlen-Heizwert zugrunde legen muß, denn die Braunkohle hat bekanntlich nicht den gleichen Heizwert wie die Steinkohle. Ich sage das deshalb, Genossinnen und Genossen, um Ihnen ganz kurz am Rande zu beweisen, daß wir auch beim Anlaufen des Marshall-Planes unsere Hoffnungen nicht überspitzen sollten; denn sonst würden wir grausam enttäuscht werden. Erst wenn der Marshall-

Plan auf Touren ist, werden wir Arbeiter unsere Auffassung darüber sachlich zum Ausdruck bringen können.

### Nur sinnvolle Streiks!

Genossinnen und Genossen! Wenn ich so die Ernährungslage und die Frage unserer Löhne und Gehälter betrachte, wenn ich sage, daß in den Wochen nach der Währungsreform es düster um uns sein wird, und uns nur der Marshall-Plan als Hoffungsstrahl verbleibt, dann frage ich nun die sozialdemokratischen Funktionäre, ob da wilde Streiks, die zum Teil ohne Zutun der Gewerkschaften erfolgen, als sinnvoll und zweckmäßig anzusprechen sind.

Genossinnen und Genossen, wenn wir durch einen großen Streik in der Lage wären, die soziale Lage der Arbeiter der betreffenden Betriebe entscheidend zu verbessern, dann geben wir unsere Einwilligung zum Streik. Aber wenn wir der Meinung sind, daß ein Streik in seiner Auswirkung nicht dazu beiträgt, dem Arbeiter ein Paar Schuhe oder Lebensmittel zu verschaffen, dann haben wir uns zu fragen: Können die Gewerkschaften noch weiter so nachgeben, können sie es sich gefallen lassen, daß Streiks inszeniert werden, ohne daß man sich mit den Gewerkschaften in Verbindung setzt? Ich bin nicht dieser Meinung. Wenn es möglich wäre, durch einen Streik die Besatzungsmächte zu veranlassen, die Lebensmittelration um 20 oder 30 Prozent zu erhöhen, dann streiken wir, weil es ein nutzbringender Streik wäre. Die Besatzungsmächte werden aber durch diese Streiks nicht betroffen. Sinnlose Streiks richten sich gegen uns selbst, auch wenn man als Parole ausgibt, diese Streiks dienen zur Erreichung besserer Lebensbedingungen, zur Erreichung einer gerechteren Verteilung der Lebensmittel, zur Erlangung von Schuhen und Kleidungsstücken. Oder glaubt man ernstlich, durch Streiks könnte erreicht werden, daß das Punktsystem beseitigt und der Exportbonus B anders verteilt wird? Ich warne! Wir befinden uns in einer großen Gefahr, in der Gefahr der sozialen Aufspaltung der Arbeiterschaft, und dies entspräche den Interessen des Unternehmertums, auch denen des amerikanischen Monopolkapitals.

Ebenso bin ich der Meinung, daß wir aufmerksam zu verfolgen haben, wie diese Streiks entstehen. Genossinnen und Genossen, diese Streiks wurden nachgewiesenermaßen aus parteilegitistischen Motiven angefacht durch Kräfte, die ein Interesse an einer chaotischen Entwicklung im deutschen Westen haben. Das sollten wir doch einsehen und als sozialistische Funktionäre müssen wir uns mit aller Schärfe dagegen wenden. Darf ich hier ein offenes Wort sagen? Es ist untragbar für uns Sozialisten und Gewerkschaftler, daß in einem Werk der Betriebsrat sich zu  $\frac{1}{2}$  aus Sozialdemokraten zusammensetzt, daß aber die Streikleitung in demselben Betrieb aus Kommunisten besteht. Die sozialdemokratische Betriebsratsleitung hat sich von den Kommunisten überfahren lassen. Der Parole der kommunistischen Streikleitung wurde gefolgt und die Belegschaft trat in den Streik. Alle unsere Einwirkungen waren ergebnislos. Ich mache auf die sich daraus entwickelnden Gefahren aufmerksam. Streiks können nur durch uns mit den Gewerkschaften eingeleitet und geführt werden. Wir sollten bedenken, daß der Streik das kollektivistische Kampfmittel der Arbeiterschaft zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ist. Streiks haben nach meiner Auffassung in dieser Zeit nur einen Sinn: wenn man dadurch erreichen könnte, daß die zusätzlich importierten Lebensmittel auf der ganzen Linie zur Hilfe eingesetzt werden.

Genossinnen und Genossen: Wir dürfen keinesfalls das Kampfmittel des Streiks bis zur Wirkungslosigkeit durch wahllosen und leichtfertigen

Gebrauch ab stumpfen lassen. Uns stehen zur Erreichung unserer Forderungen zwei Kampfmittel zur Verfügung: erstens die parlamentarischen, zweitens die außerparlamentarischen, unter denen der Generalstreik zu benennen ist. Ich könnte mir eine Entwicklung in Deutschland vorstellen, die diesmal anders aussehen müßte, als es 1932 der Fall war, eine Entwicklung, — nehmen Sie es nicht als Phrase hin — nach dem alten Satz: Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will. Ich könnte mir vorstellen, wenn alle parlamentarischen Mittel nicht ausreichen sollten, daß wir Sozialdemokraten mit den Gewerkschaften in der Tat zu einem Generalstreik aufrufen, und dieser Generalstreik müßte dann eine Entscheidung bringen. Dann dürften keine Straßenbahnen, keine Eisenbahnen, keine Schiffe mehr fahren, dann dürfte nicht einmal die Post ausgetragen werden. Alles müßte stillliegen. Das wäre die Anwendung unserer stärksten Waffe, die uns für den Kampf zur Verfügung steht. Deshalb sollte man doch die Streiks wegen kleiner unbedeutender Angelegenheiten unterlassen. Sie sind nur zugunsten derer, die ihn entfachen, der Kommunisten, die im deutschen Westen leichtfertig damit umgehen, derselben Kommunisten, die in der Ostzone jeden Streik untersagen und dort bereit sind, jeden, der einen Streik wagt, in ein Konzentrationslager oder nach Sibirien bringen zu lassen. Hier im Westen haben sie es leicht. Die Demokratie gibt diesen Leuten alle Möglichkeiten, sie gibt diesen Leuten sogar die Möglichkeit, Chaos zu schaffen. In der Ostzone wäre ein solches Unterfangen das Ende für die Streiks und die Streikenden. Unsere Betriebsräte aber dürfen sich erst dann für einen Streik entschließen, wenn darüber volles Einvernehmen mit den Gewerkschaften besteht. Die Vertrauensmänner, die in den Betrieben in Verbindung mit den Gewerkschaften gewählt werden, dürfen nur sozialdemokratische Vertrauensmänner sein. Das sage ich aus einem ganz bestimmten Grund. Es wird oft so nebenher gesagt: Wir haben einen Betriebsrat; er bekommt Rat und Hilfe der Gewerkschaften. Echte Vertrauensmänner in den Gewerkschaften aber können nur demokratische Sozialisten sein.

#### Die Papierflut aus dem Osten

In Verbindung mit diesen politischen und sozialökonomischen Fragen darf ich auf folgendes aufmerksam machen: Gegenwärtig ergießt sich eine Flut von Papier aus dem deutschen Osten nach dem deutschen Westen in Form von Briefen und Rundschreiben. Diese Mitteilungen gehen an unsere Funktionäre, unsere Betriebsfunktionäre, an unsere Bürgermeister, Landräte und auch an die Oberbürgermeister. Es wird in diesen Briefen und Rundschreiben auf das vom 23. Mai bis ungefähr Mitte Juni stattfindende Volksbegehren hingewiesen. Ich bin erschrocken darüber, wie teilnahmslos große Teile unserer Spitzenfunktionäre an dieser wohlüberlegten Agitation vorbeigehen. Man sollte es manchemal nicht für möglich halten! Ein gutgefügter demokratischer Aufbau vollzieht sich stets von unten nach oben! Will man wissen, wie es unten in den breiten, tragenden Volksschichten aussieht, so komme man zu mir und hole sich Informationen. Ich vermag Ihnen durch meine stetige, gründliche Kenntnisnahme, durch meinen ununterbrochenen lebendigen Kontakt mit Menschen aller Berufs- und Gesellschaftsschichten ein unverfälschtes soziologisches Bild zu geben. Es ist in den Wirrnissen unserer Zeit ein wahres Glück, daß unsere Funktionäre so aktiv und so klarsichtig sind. Wir Sozialdemokraten fordern alle unsere Parteimitglieder, unsere werktätigen Massen auf, sich an den Einzelzeichnungen nicht nur keinesfalls zu beteiligen, sondern endlich aus ihrer Reserve herauszugehen und aktiv dafür einzutreten, daß eine Einheit ohne persönliche und kollektive Freiheit für uns undiskutabel ist. Genossinnen und Genossen, wir hatten unter Hitler

die deutsche Einheit, aber kein Quentchen Freiheit. Hätte das Volksbegehren Erfolg, dann hätten wir die Einheit, jedoch keine Freiheit. Ich aber meine, daß es manchmal gut wäre, wenn der kommunistische Funktionär zwischendurch in einem Betrieb der Ostzone gewesen wäre; er käme bestimmt dann vollkommen bekehrt in unserem Sinne zurück. Ich bin der Meinung: Gleiche Brüder mit ungleichen Kappen. Bei Hitler waren die Kappen braun mit dem Hakenkreuzemblem, und bei den Kommunisten sind sie rot mit dem Sowjetsternemblem, aber sonst gleichen sie sich wie ein Ei dem andern. Nachdem die Volksfront, der sogenannte Volkskongreß, die „Nationale Repräsentation“ im deutschen Volk keinen Anklang findet, sucht man durch ein Volksbegehren im deutschen Westen, vornehmlich unter den Sozialdemokraten, die Leute zu ködern, die noch nicht im Geist und im Herzen genug dem demokratischen Sozialismus verwachsen sind und die unter Umständen zu einem solchen Beginnen Ja sagen. Genossinnen und Genossen, jede Unterschrift in den Einzelzeichnungslisten für das kommunistisch-sectistische Volksbegehren bedeutet Anerkennung des Totalitarismus gegenüber der Freiheit, gegenüber der Demokratie. Ein Erfolg des Volksbegehrens würde die Auslieferung Deutschlands an den Bolschewismus bedeuten und würde zur Folge haben, daß die deutschen Arbeiter unter die Aufsicht russischer Kommissare kommen, wie das in der Ostzone der Fall ist. Es würde bedeuten, daß es keine Koalitionsfreiheit, kein Betriebsrätegesetz mehr gäbe; alles würde dann aufhören, auch die Freiheit, für die wir von 1933 bis 1945 im Stillen gekämpft und gelitten haben.

Und so richten wir heute von dieser Stelle aus an sämtliche sozialdemokratische Parteifunktionäre und vor allem an unsere Betriebsfunktionäre den Appell, sofort eine große Aufklärungsaktion gegen dieses Volksbegehren einzuleiten. Diese Bitte geht aber ebenso auch an die Presse, an die demokratische Presse, die es zum Teil wieder einmal für nötig gefunden hat, unsere sozialdemokratischen Erklärungen nicht abzudrucken. Anscheinend gibt es noch Lizenzträger und Redakteure, die noch gar nicht die Bedeutung dieser ganzen Volksbegehrens-Propaganda erfasst haben, die noch nicht wissen, welche Bedeutung diesen Machenschaften zuzumessen ist. Deshalb sollen es mir diese Herren nicht übernehmen, wenn ich sage: Gebt uns endlich eine sozialistische Presse, damit wir einen entschiedenen Kampf für Demokratie und Sozialismus führen können!

#### Unvereinbare Gegensätze

Wir richten also an sämtliche sozialdemokratischen Funktionäre, an die Presse und an alle Menschen, welche in Freiheit leben wollen, die Bitte und den dringenden Appell, sofort eine umfangreiche Aufklärungsaktion über dieses Volksbegehren und über die, die es veranlassen und verkündeten, zu starten. Diese Müdigkeit, diese Gleichgültigkeit, dieses Langsamschreiten im Kampfe ist einfach untragbar. Genossinnen und Genossen, es geht wahrhaft um unser Leben, es geht darum, aus unserer Partei eine immer stärkere Partei, eine Kampfpartei zu machen! Es geht nicht an, daß wir uns zagend um Kleinigkeiten bemühen und nur allzu menschlichen Angelegenheiten ausschließlich unsere Aufmerksamkeit schenken. Notwendig ist immer wieder die tagklare Differenzierung zwischen uns und der kommunistischen Partei! Der Stalinismus hat keine Ideengemeinschaft, keine Geistesverwandtschaft mit dem Marxismus. Der Bolschewismus steht in keiner Ideenverwandtschaft mit dem wissenschaftlichen und demokratischen Sozialismus und ist ihm auch dem kleinsten Funktionär in keiner Phase form- und inhaltsverwandt. Auch vom kleinsten Funktionär muß es endlich erkannt werden, daß in der Sowjetunion eine rückläufige Entwicklung zu einer

neuen klassen- und kastenmäßigen Gesellschaftsform. In Rußland steht an der Spitze ein Generalissimus, der sich eine Generalskaste, ein Offizierkorps, das in Offizierkasinos verkehrt, geschaffen hat und weit weg von ihnen sind in den Mannschaftsstuben die Muschiks untergebracht. In Rußland ist die soziale Lage der arbeitenden Klasse jammervoll. Wenn wir noch vom Leninismus sagen konnten, daß er die kosmopolitischen Gedanken eines Karl Marx irgendwie staatsmännisch zu verwirklichen versuchte, dann ist dieser Leninismus und ebenso das Gedankengut eines Karl Marx in der Sowjetunion heute längst zu Grabe getragen worden. Es muß endlich zum Elementarwissen werden, daß das heutige Rußland mit Sozialismus, mit einem sozialistischen Staatswesen, mit einer sozialistisch-staatspolitischen Ordnung nichts gemein hat. Stalinismus und Monopolkapitalismus, beide sind sie sozialistenfeindlich!

Der Mythos, dem manche unserer Arbeiter anhängen, im Osten seien alle Voraussetzungen für das Aufgehen der sozialistischen Sonne vorhanden, ist Trug und Traum. Im Gegenteil! Dort ist die Saat des Imperialismus, des Klassenstaates, der sozialen Unterjochung des russischen Arbeiters aufgegangen. Der jahrzehntelange Kampf der deutschen Sozialdemokratie wäre umsonst gewesen, wenn der Lebensstandard des deutschen Arbeiters auf den des russischen Arbeiters herabgedrückt würde.

Wir müssen ganz klar erkennen, warum wir die Kommunisten bekämpfen. Genau wie vor 1933 versucht der Kommunismus auch heute wieder, die Macht an sich zu reißen und das Volk abermals in die Nacht einer Diktatur zu stürzen. So haben wir sehr aufmerksam die Taktik der Kommunisten bei den italienischen Wahlen verfolgt und können wirklich sagen, daß wir den Ausgang dieser Wahlen mit einem nassen und einem trockenen Auge betrachteten. Die Kommunisten konnten dort durch den Zusammenschluß aller positiven Demokraten nicht zum Zuge kommen. Durch das Verhalten der Kommunisten hat der politische Katholizismus in Italien den Sieg davongetragen. In Frankreich, wo die Kommunisten durch politische Streiks den Umsturz versuchten, hat sich als Gegengewicht ebenfalls der politische Katholizismus ungeheuer verstärkt. Und, Genossinnen und Genossen, wie ist es in Deutschland? Wenn wir von der Bzone uns zur Trizone erweitern, so wird dann durch den Zusammenschluß weiterer Massen des politischen Katholizismus die Kontroverse mit der Sozialdemokratie noch schärfer und aggressiver werden. Aus alledem bestätigt sich meine zu Anfang dieses Referates zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß wir Sozialdemokraten noch große Kämpfe zu bestehen haben. Die schon 30 Jahre währende Totalität des Bolschewistischen und die seit Hunderten von Jahren bestehende Totalität des politischen Katholizismus sind die Kräfte der Reaktion, deren Einfluß wir zu wehren haben. Wenn ich vom politischen Katholizismus rede, so meine ich nicht die katholische Religion, sondern den politischen Katholizismus, der eine Gefahr für den Sozialismus bedeutet. Wir haben vor einiger Zeit, kurz nach der Wahl, uns die Köpfe zerbrochen über das Anwachsen der Liberaldemokraten. Genossinnen und Genossen! Wir kennen die Massenbewegungen politischen Flugsandes schon aus den Zeiten vor 1933. Heute ist der Kommunismus eine drohende Gefahr, welche viele Menschen, die sonst sozial und ökonomisch auseinanderstreben, politisch zusammenführt. Dieser Gefahr kann wirksam über Augenblickserfolge hinaus nur die Sozialdemokratie schlagfertig begegnen. Deshalb sollten wir sehr klar die Dinge sehen, wie sie kommen werden.

Die Gegenwart fordert stärkste Aktivität

Genossinnen und Genossen, angesichts dieser von mir geschilderten Gesamtsituation haben wir die Schlußfolgerungen zu ziehen; Stärkste Akti-

vierung der Sozialdemokratischen Partei, auch sämtlicher demokratisch-sozialistischer Kräfte in den Betrieben, absolut einwandfreies, klares Bekenntnis zum demokratisch-freihheitlichen Sozialismus, systematisch betriebene Schulungsarbeit auf dem gesamten Gebiet der Partei, intensivste Heranbildung und Einschaltung des sozialdemokratischen Jungmenschentums der Partei in die Politik der Wirtschaft und der Verwaltung, Errichtung von langfristigen Kursen zur besonderen Schulung unserer Betriebsräte, Ablehnung jeder korrupten oder demoralisierenden Erscheinungen durch unsere Funktionäre, vornehmlich durch die Betriebsräte. Ich bin persönlich der vielleicht unpopulären Auffassung, daß unsere Betriebsräte die Sachwertentlohnung, die zur Demoralisierung führt und die die Korruption zum Teil vervollständigt hat, ablehnen müssen. Deshalb sage ich: Gemeinsamer entschlossener Kampf für ausreichende Entlohnung, Ablehnung von Sachwertentlohnung, auch keine Bevorzugung bei der Zuteilung von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern.

Genossinnen und Genossen, ich wende mich gegen jene Betriebsräte, ganz gleich, wie sie eingestellt sind, die wegen eines Judaslohnes ihre klassenpolitische Ehre, ihre Sauberkeit aufgeben. Ich bin deshalb der Meinung: Wir Sozialisten müssen dafür sorgen, daß die klassenpolitische Sauberkeit, daß die klassenpolitische Ehre des deutschen Arbeiters durch uns in den Betrieben zum Ausdruck kommt. Warum sind wir denn demokratische Sozialisten? Wenn einer ein sozial unverantwortliches Leben führt, dann sollten wir trotz aller menschlichen Schwächen uns bemühen, ihm ein gutes Beispiel zu geben, zumal wenn die Versuchungen der Korruption zu groß sind. Deshalb stelle ich die Forderung auf: Aufklärung der gesamten Arbeiterschaft durch die Sozialdemokratie, Ausbau starker politischer Kampfstellungen gegen die sich neu organisierenden, nazistisch-militaristischen Kräfte und gegendie Kommunisten! Ich möchte, daß in allen unseren Funktionären der Wille zur politischen Macht wach wird, daß wir allesamt die Notwendigkeit der Demokratisierung der Wirtschaft durch stärkste Einflußnahme gut durchgebildeter und wohldisziplinierter Sozialisten erkennen möchten. Es muß zutiefst erkannt werden, daß wir nicht nur Agitatoren und Kunder des Sozialismus sind, sondern daß allein wir berufen sind, sozialdemokratische Forderungen und sozialistische Ideen zu realisieren. Es darf kein Gebiet in unserem Lebensbilde geben, das wir nicht mit unserem politischen Willen gestalten. Unsere Verantwortung, unsere politische Verpflichtung ist größer als die der Generationen vor uns. Was sie verkündeten, was sie propagierten und was sie agitierten, das ist uns nun durch die geschichtliche Entwicklung zur Verwirklichung übertragen worden. Lassen Sie sich sagen, Genossinnen und Genossen, zu den Gedanken, die ich heute morgen hier zum Ausdruck brachte, steht mein ganzes inneres sozialistisches Wollen. Ich möchte vor allem eines erreichen: eine starke, kampferprobte, kämpferisch eingestellte, tief im Sozialismus verwurzelte Gemeinschaft bei uns in Hessen-Süd. Ich möchte nun in der Tat die neue Formung des gesellschaftlichen Lebens durch unsere Betriebsräte verwirklicht wissen!

Genossinnen und Genossen! Nach der Annahme der Verfassung und der Annahme des Betriebsrätegesetzes wird der Tag kommen, an dem wir über die Sozialisierung beraten werden. Den Grad unserer Aktivität und die Stärke unserer Hingabe zum demokratischen Sozialismus, das Vertiefen unseres geistigen Wollens und Könnens im Sinne des Sozialismus wird dann entscheidend sein. Schwingen wir Stunde für Stunde den Hammer und hämmern wir uns das schöne Stück zu vollendeter Gestalt, das da heißt: demokratischer Sozialismus!

(Langanhaltender Beifall!)

## Nicht mehr Objekt, sondern Subjekt der Gesellschaft

Rede des Abg. Kurt Moosdorf vor dem Hessischen Landtag zur II. Lesung des Betriebsrätegesetzes.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mir zunächst erlauben, als Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses all den Herren, die bei dieser sehr umfangreichen Arbeit so intensiv mitgewirkt haben, meinen besten Dank zum Ausdruck zu bringen.

Und nun gestatten Sie mir, als Vertreter meiner Partei einiges zu dieser Vorlage zu sagen. Es ist ganz klar, daß sich bei einer solchen Gesetzesvorlage immerhin große Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Parteien ergeben, die in irgendeiner Form ausgeglichen werden müssen. Ich habe vom ersten Tage der Beratung an bis zur heutigen Stunde den Standpunkt vertreten, eine möglichst breite Basis für die Annahme dieses Gesetzentwurfes zu schaffen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil mit diesem Gesetz eine sehr weitreichende Verantwortung für beide Teile des Wirtschaftskörpers verbunden ist. Wenn wir die bisher geleistete Arbeit und die Vorlage, wie sie zur zweiten Lesung dem Landtag unterbreitet wird, betrachten, dann stellen wir fest, daß sowohl die Vertreter der SPD wie auch diejenigen der CDU und ebenso der LDP und KPD nicht voll befriedigt sind und daß jede dieser Parteien nach der einen oder anderen Seite hin noch irgendwelche Wünsche und Anliegen zum Ausdruck zu bringen hat. Entscheidend ist, daß den Bestimmungen des Artikels 37 der Verfassung Rechnung getragen wurde. Auf der anderen Seite hat man alle die Bedenken, die von den verschiedenen Gruppen und Körperschaften vorgebracht wurden, berücksichtigt, soweit dazu im Rahmen der Bestimmungen der Verfassung eine Möglichkeit bestand.

Meine Damen und Herren! Wir wissen ganz genau, daß weite Teile der Wirtschaft und daß auch die Städte und die Landgemeinden wie auch ein bestimmter Kreis von Wissenschaftlern mit einer solchen Regelung nicht einverstanden sind. In der Entwicklung der sozialen Verhältnisse der Arbeitnehmer hat sich immer wieder herausgestellt, daß jede Vorwärtsentwicklung auf starke Hindernisse gestoßen ist. Immer hat man daraus von der anderen Seite Nachteile für das Wirtschaftsleben zu konstruieren versucht. In der Praxis aber hat sich gezeigt, daß in früherer Zeit schon alle jene Betriebe, die fortschrittlich eingestellt waren und sich frühzeitig zu Vereinbarungen mit den Gewerkschaften entschlossen, die größten Leistungen in der Wirtschaft erzielt haben.

In der Zwischenzeit sind Technik und Wissenschaft in einem rasenden Tempo fortgeschritten. Der Bildungskreis und die beruflichen Fähigkeiten der Arbeitnehmer sind auf einen Höchststand gebracht worden. Es ist damit der Beweis erbracht, daß mit einer zufriedenen und schaffensfrohen Arbeitnehmerschaft die größten Erfolge erzielt werden können.

Wir dürfen, meine Damen und Herren, die jetzigen Verhältnisse, wie sie sich aus der wirtschaftlichen Notlage als Ausfluß der Nazizeit und des

Krieges ergeben haben, nicht zum Maßstab unserer Betrachtungen machen, wenn wir das Betriebsrätegesetz beurteilen. Es gibt sowohl in der Industrie als auch im Handel und im Bauernstande wie auch bei den Behörden führende Persönlichkeiten, die sich ebenso wie ein Teil der Arbeitnehmer von den eigentlichen wirtschaftlichen Grundsätzen entfernt haben. Es ist die feste Überzeugung der Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses und auch die Überzeugung meiner Partei, daß bei einer verständnisvollen Handhabung des Gesetzes in der wirtschaftlichen Entwicklung noch weitere große Möglichkeiten gegeben sind.

(Sehr gut! bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Arbeitnehmer betrachten nicht mehr nur allein die Entlohnung als das Ziel ihrer wirtschaftlichen Betätigung. Sie wollen aus der Stellung eines bloßen Lohnarbeiters herausgehoben werden. Sie wollen nicht nur Objekt des Wirtschaftsprozesses sein, sondern sie streben danach, auch eine subjektive Aufgabe zu erfüllen.

(Sehr gut! bei der SPD)

Die geschulte Arbeiterschaft — auf diesem Gebiet erwächst den Gewerkschaften eine riesige Aufgabe — ist sich der großen Verantwortung, die sich aus der Durchführung eines solchen Gesetzes ergibt, durchaus bewußt. Alle die Bedenken, die von den Vertretern der LDP heute gegen ein solches Gesetz vorgebracht werden, sind auch schon bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes vom Jahre 1920 in der Deutschen Nationalversammlung vorgebracht worden.

(Abg. Chr. Wittrock: Nur standen die Widersacher damals etwas mehr rechts!)

Es ist dann auch immer wieder auf das Kontrollratsgesetz Nr. 22 hingewiesen worden. Dabei hat sich die Sozialarbeitsrechtliche Landesgemeinschaft der Arbeitgeber in einer Eingabe insbesondere auf ein Gutachten des Geheimrats Dr. Richard Thoma gestützt, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß ein Mitbestimmungsrecht den in Artikel 5 dieses Kontrollratsgesetzes Nr. 22 gesteckten Rahmen sprengen würde und daher rechtsunwirksam sei. Auch Herr Professor Dr. Hallstein, einer der Gutachter, die wir im Sozialpolitischen Ausschuss gehört haben, vertrat diesen Standpunkt. Den beiden Herren war die Direktive vom OMGUS nicht bekannt, in der es heißt:

„OMGUS hält eine weitere einheitliche Durchführung des Kontrollratsgesetzes Nr. 22 nicht für erforderlich. Gesetze zur Durchführung und Ergänzung des Kontrollratsgesetzes Nr. 22 können daher von den einzelnen Ländern in Übereinstimmung mit ihrer Verfassung erlassen werden.“

(Hört! Hört! bei der SPD)

Im übrigen, meine Damen und Herren, hat auch Prof. Dr. Böhm — der zweite Gutachter, den wir im Sozialpolitischen Ausschuss gehört haben — in einer gesteuerten Wirtschaft ein Betriebsrätegesetz sehr wohl für erforderlich gehalten. Ich will Ihnen ganz offen sagen, meine Damen und Herren: Ich habe überhaupt das Gefühl gehabt, daß wir von den Herren Gutachtern sehr viel Wissenschaft gehört haben. Die praktische wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und damit im Zusammenhang die psychologische Einstellung der schaffenden Menschen aber ist dabei übersehen worden.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Es gibt heute schon sehr viele Arbeitgeber, die davon berichten, daß sie mit ihren Betriebsräten die besten Erfahrungen gemacht haben und

die heute schon auch in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten die Dinge mit dem Betriebsrat gemeinsam besprechen und beraten.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Es wird nicht so kommen, wie der Herr Kollege Dr. Ilau einmal zum Ausdruck gebracht hat: daß das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte das Ende des Unternehmertums bedeute, oder daß das Betriebsrätegesetz, wie Herr Prof. Dr. Böhm es ausdrückte, sich als „Sand in der wirtschaftlichen Maschinerie“ auswirken werde. Das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte wird sich auf die Person des Unternehmers, auf die Leiter eines Unternehmens überhaupt nicht erstrecken. Die Betriebsräte werden sich in die Eigentums-, Besitz- oder Erbrechtsverhältnisse nicht einschalten. Der Unternehmer entscheidet nach außen hin genau so wie bisher. Nur in seinem Verhältnis zur Belegschaft ist er bei der Entscheidung in personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen an die Zustimmung der Betriebsvertretung gebunden. Gegenstand des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte sind nur diejenigen grundsätzlichen wirtschaftlichen Fragen, die das Geschick des Betriebes oder Unternehmens nachhaltig beeinflussen.

Meine Damen und Herren! Meine Partei steht auf dem Standpunkt, daß auf Grund der Erfahrungen, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ein Betriebsrätegesetz und ein Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte eine Notwendigkeit darstellt, weil damit der schaffende Mensch in seiner vollen Persönlichkeit gewertet und den ökonomischen Verhältnissen Rechnung getragen wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich sind wir der Auffassung — das haben wir als verantwortungsbewußte Partei in den Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses auch immer wieder zum Ausdruck gebracht —, daß bei der Gestaltung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzes die Vernunft nicht außer acht gelassen werden darf, und wir haben bei allen unseren Beratungen diese Vernunft auch weitgehend zu Worte kommen lassen. Das kommt in den Vorschlägen, die der Ausschuß Ihnen vorlegt, auch zum Ausdruck.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen nur noch zu einem Paragraphen meine Meinung und die Auffassung meiner Fraktion zur Kenntnis bringen. Es handelt sich um den § 28 des Gesetzentwurfs. Es heißt da:

„Der Betriebsrat ist verantwortlicher Träger des Mitbestimmungsrechtes gemäß Artikel 37 Absatz 2 der Hessischen Verfassung. Er ist berufen, im Benehmen mit den Gewerkschaften gleichberechtigt mit den Arbeitgebern in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen des Betriebes mitzubestimmen. Der Betriebsrat hat das Recht, die Gewerkschaften in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Der Betriebsrat hat die Pflicht, den Arbeitsfrieden zu sichern, und Streitigkeiten zwischen dem Betriebsrat, den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, der Arbeitnehmerschaft oder Einzelner und dem Arbeitgeber durch Verhandlungen beizulegen oder, falls es zu keiner Verständigung kommt, die Hilfe der in Frage kommenden Instanzen anzurufen“.

Meine Damen und Herren! Welch großer gesellschaftlicher Fortschritt in diesen Bestimmungen liegt, das kann — ich will hier einmal pro domo reden — eigentlich nur derjenige ermessen, der wie ich, 45 Jahre lang im Dienste der schaffenden Menschheit seine Pflicht und Schuldig-

keit getan hat. Ich habe in diesem Jahrzehnten mit den Arbeitgebern verhandelt, habe Einzelverträge abgeschlossen und habe es dann immer wieder erlebt, daß der Unternehmer die Tür zugeschlagen hat, wenn ich zu ihm kam in der Absicht, irgendwelche Dinge für die Arbeitnehmer zu regeln. So sahen die Zustände aus, wie wir sie damals zu verzeichnen hatten. Heute aber ist einmal auf Grund der Verfassung, dann aber auch auf Grund der Wirtschaftsdemokratie, in der wir heute leben, der Arbeitnehmer zum gleichberechtigten, zum vollberechtigten Staatsbürger geworden. Damit, meine Damen und Herren, haben wir dieser fleißigen Arbeitnehmerschaft in der schwierigsten Zeit, die wir jetzt in Deutschland durchleben, den allerbesten Dienst erwiesen.

(Lebhafter anhaltender Beifall bei der SPD)

## Pflicht zur Verantwortung

Bericht des Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses des Hessischen Landtages, Abg. Kurt Moosdorf, zur III. Lesung des Betriebsrätegesetzes.

Meine Damen und Herren!

Selten hat eine Gesetzesvorlage in der breiten Öffentlichkeit so viel Resonanz gefunden wie die vorliegende. Die Presse, der Rundfunk, große Parteitagungen, Betriebsräteversammlungen und sonstige Instanzen haben sich mit dieser Gesetzesvorlage beschäftigt. Von der großen Zahl der Eingaben und Petitionen, die zu dieser Vorlage eingereicht worden sind, will ich nicht reden. Mit aller Deutlichkeit unterstreichen wir, daß wir es hier mit einem Gesetz von außerordentlicher Bedeutung für die gesamte Wirtschaft zu tun haben. Damit entsteht natürlich auch eine außerordentlich große Verantwortung für die Träger dieses Gesetzes — für die Betriebsräte, für die Unternehmer und auch für uns Abgeordnete als die gewählten Vertreter des Volkes. Wir bekennen, damit einen mutigen Schritt aus einer überholten Wirtschaftsauffassung in eine freiere Ebene getan zu haben, um den Artikel 27 der Hessischen Verfassung, der davon spricht, daß die Sozial- und Wirtschaftsordnung auf der Anerkennung der Würde und der Persönlichkeit des Menschen ruht, voll zur Geltung zu bringen. Wir bekennen weiter, daß wir hierfür in der bisherigen Geschichte keine Vergleiche finden, auch nicht in der Weimarer Zeit. Wir bekennen auch: ein solches Gesetz, in der Not geboren, in der Erkenntnis gewachsen, ist untermauert durch unseren einzigen Sachwert, die Arbeitskraft unseres Volkes. Diesen, unseren sicheren Besitz mit der Würde für die schaffende Persönlichkeit zu krönen, ist eine besondere Dankesverpflichtung für alle jene Männer und Frauen, die trotz Hunger, schlechter Kleidung und Wohnungsnot tagen und tagaus den Beweis erbringen, daß sie den Begriff des Allgemeinwohls richtig erfaßt haben. Darin liegt eine klare Widerlegung der Argumente des Herrn Prof. Dr. Böhm in seinem Gutachten und auch der wiederholten Stellungnahme unseres Herrn Kollegen Dr. Ilau.\*) In einer solchen Einstellung, von welcher Seite sie auch vorgetragen wird, sehe ich den ungeheuren weiten Abstand jener Kreise von dem schaffenden Menschen.

(Sehr gut! bei der SPD)

Meine Damen und Herren!

Der soziale Fortschritt, den arbeitsrechtliche Verbesserungen darstellen, hat in der Geschichte dem Staatsganzen noch nie geschadet.

(Sehr gut! bei der SPD)

Die Kräfte aber, die sich gegen den sozialen Fortschritt aufbäumten, verursachen alles Unheil der neueren Geschichte. Gerade darin sehe ich einen noch weiteren Grund für die Notwendigkeit dieses Gesetzes.

\*) Dr. Ilau, Abgeordneter der LDP, der bei jeder Gelegenheit den krassen Unternehmerstandpunkt vertritt.

Meine Damen und Herren!

Ich setze voraus, daß wir uns alle darin einig sind, unsere große Not als eine Folge des nationalsozialistischen Systems anzusehen. Wenn ich mich in der Praxis des Lebens umschaue und spüre, wie heute noch wesentliche Glieder des wirtschaftlichen Lebens nationalsozialistische Tendenzen zeigen, wie bei vielen Behörden dieser Ungeist noch wuchert, so ergibt sich daraus zwangsläufig die Berechtigung einer wirtschaftlichen und auch einer behördlichen Kontrolle. Nur so ist es uns möglich, gewisse Kreise zu einer Haltung im demokratischen Geiste anzuhalten.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Allein aus dieser Einstellung heraus wäre ich für die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Demokratie, auch wenn ich Mitglied einer anderen demokratischen Partei, sagen wir der LDP, wäre.

Der Gesetzentwurf, meine Damen und Herren, findet die unterschiedlichste Beurteilung. Eine der letzten Nummern des LDP-Kuriers spricht von einem „sozialistischen Betriebsrätegesetz, das unter dem Druck der parteipolitisch beherrschten Gewerkschaften nunmehr zur Entscheidung vorliegt“.

(Abg. Fischer SPD: Der Arbeitgeberverband!)

so!“)

Mit aller Deutlichkeit und Klarheit will ich hier feststellen, daß bei allen diesen Verhandlungen die Gewerkschaften nicht mehr und nicht weniger mitgewirkt haben als auch die Unternehmervertretungen. Wenn man aber in diesem Zusammenhang von betriebsfremden Gewerkschaften redet, dann habe ich das Gefühl, als würde ich geradewegs ins Mittelalter versetzt. Selbst dazumal war es schon üblich, meine Damen und Herren, daß der Altgeselle bei den Innungsverhandlungen die Möglichkeit hatte, da und dort ein Wort zu seinen beruflichen Angelegenheiten zu reden. Die Parole von den betriebsfremden Gewerkschaften habe ich schon vor mehr als 40 Jahren gehört. Ich kann mir gar nicht denken, daß unsere fleißigen Kollegen, die Horren Abgeordneten Göbel und Dr. Hammer,\*) im Sozialpolitischen Ausschuß mit einer solchen Auffassung von betriebsfremden Gewerkschaften einverstanden gewesen wären. Dabei will ich bemerken, daß die LDP im Sozialpolitischen Ausschuß zu dem § 49 ihre Zustimmung gegeben hat. In diesem Paragraphen ist die Mitwirkung oder die Einflußnahme der Gewerkschaften innerhalb des Betriebes klipp und klar festgelegt. Wie man da nachher in einem Artikel des LDP-Kuriers zu einer solchen Auffassung kommen kann, verstehe ich nicht.

(Abg. Fischer SPD: Der Arbeitgeberverband!)

Meine Damen und Herren!

Wir sehen in den Gewerkschaften in Verbindung mit den Betriebsräten und ihrer staatspolitisch-demokratischen Einstellung die Kräfte und Organe, die nach unserer Auffassung die Garantie dafür bieten, daß das gesamte wirtschaftliche Leben neuen Möglichkeiten zugeführt wird. Ich möchte überhaupt einmal als früherer alter Gewerkschaftler sagen, daß eine solche Aufgabe eigentlich erst richtig die Gewerkschaften dem Sinn ihrer tatsächlichen Aufgabe zuführt.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Es gibt aber noch eine Eingabe, die sogar von einem „sowjetischen“ Betriebsrätegesetz redet. Ich weiß nicht, ob der Herr Kollege Müller\*\*) sie

\*) Abg. Göbel (LDP) und Abg. Dr. Hammer (LDP) sind Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses.  
\*\*) Abg. Müller (KPD), früherer hessischer Arbeitsminister.

gelesen hat. Vielleicht ist er nunmehr ohne weiteres bereit, unserer Vorlage seine Zustimmung zu geben.

Wir haben gestern noch einmal eine Eingabe von der Sozialrechtlichen Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber bekommen, in der Unzufriedenheit über die Behandlung dieser Herren zum Ausdruck kommt. Ich bin der Meinung, daß wir bereits durch den Herrn Berichterstatter zur Genüge wissen, wie es einfach unmöglich war, noch weiter die Stellungnahme der einzelnen wirtschaftlichen Körperschaften zu hören, nachdem wir bereits alle Gruppen eingehend angehört hatten. Denn in der Regel haben wir festgestellt, daß immer wieder dieselben Gegenstände und dieselben Punkte zur Beratung standen, über die schon viele hundertmal gesprochen worden ist. Allen diesen Herren möchte ich noch einmal ins Gedächtnis rufen, daß wir eine Verfassung haben, die von mehr als 70 Prozent des Hessischen Volkes in freier und geheimer Wahl angenommen worden ist. Wenn nun die Kreise mit ihrer gestrigen Wirtschaftsauffassung Bedenken haben, so hat andererseits auch meine Partei bei einer Reihe von Punkten erhebliche Konzessionen machen müssen. Wenn wir dies taten, dann nur deswegen, um im Parlament für dieses wichtige Gesetz eine breite Plattform zu finden, also um es mit einem Wort zu sagen, aus Gründen der Verantwortung. Wir sind der Ueberzeugung, daß bei Annahme des Gesetzes diesmal die gesamte Wirtschaft, anders als vor 1933, eine solche Entscheidung des Parlaments respektieren wird. Wir halten uns für berechtigt, zu glauben, daß wir als Hessisches Parlament zum Abschluß eines solchen Gesetzes legitimiert sind; in den verschiedensten Verhandlungen, die wir geführt haben, ergab sich diese Berechtigung des Hessischen Parlamentes klar und deutlich.

Einer der wichtigsten Punkte dieses Betriebsrätegesetzes ist zweifellos das Mitbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Fragen. Wir können uns die Schwierigkeiten vorstellen und können uns auch die Lage des einzelnen Betriebsinhabers vorstellen. Alle diese Momente sind von uns beachtet und berücksichtigt worden. Aber wir sind auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen davon überzeugt, daß das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht den schaffenden Menschen in seiner inneren Haltung, in seinem Pflichtgefühl hebt und stärkt, und auch das Verhältnis zu dem Unternehmer ausgleichen wird, dadurch dem sozialen Frieden dient und somit den großen Erfordernissen unserer Zeit gerecht wird. Als sozialdemokratische Partei bringen wir damit zum Ausdruck, daß wir dieser Gesetzesvorlage und dem Paragraphen des Mitbestimmungsrechtes, dem Paragraphen 50 dieses Gesetzes, mit voller Ueberzeugung zustimmen können, weil wir in dieser Frage das allergrößte Vertrauen zu den Schaffenden unseres Hessenlandes haben. Wir sind nicht der Ueberzeugung, daß dieses Mitbestimmungsrecht, wie es der Herr Prof. Dr. Böhm in seinem Gutachten zum Ausdruck gebracht hat, „Sand im Getriebe der wirtschaftlichen Entwicklung“ darstellt und dadurch behindert. Wir appellieren deswegen in diesem Augenblick an alle Schaffenden in Hessen, alle Notwendigkeiten zu erkennen und pflichtbewußt nach jeder Richtung hin ihre Schuldigkeit zu tun, um der Gegenseite zu beweisen, daß sie Unrecht hat und daß die schaffende Menschheit in ihrer Geisteshaltung doch wesentlich anders ist, als es gemeinhin von jener Seite angenommen wird.

(Sehr gut! bei der SPD)

Im ganzen sind es nur wenige Punkte, über die keine Einigung erzielt wurde und über die die Ansichten sehr weit auseinandergingen. Außer der Frage des Mitbestimmungsrechtes stand die Frage der Mitwirkung der Betriebsräte bei sozialen, personellen und wirtschaftlichen Entscheidungen in den Behördenkörpern zur Diskussion. Auch hier haben wir —

Ich will es Ihnen ganz offen sagen — aus tiefer Erkenntnis heraus eine weitere Konzession gemacht: Wir haben die Angestellten und Beamten der Behörden aus dem Gesetz herausgenommen und dort nur ein Mitwirkungsrecht festgelegt, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß die betreffenden Behörden nach demokratischen Grundsätzen gewählt werden und damit jedem dort Beschäftigten immerhin die Möglichkeit geben, seinen Einfluß geltend zu machen. In dieser Hinsicht besteht eben doch ein Unterschied zwischen einem rein wirtschaftlichen Betrieb und einer Behörde. Ich bin mir allerdings darüber klar, daß da und dort sich bei den Behördenorganisationen Widerstände ergeben werden, aber bei eingehender Betrachtung und bei objektiver Würdigung der besonderen Verhältnisse wird es jeder Beschäftigte einsehen, daß man es hier mit einem ganz anderen „Betrieb“ zu tun hat als in der Wirtschaft.

Eine weitere Einschränkung betrifft die Kleinbetriebe unter 25 Beschäftigten. Wer selbst in Kleinbetrieben beschäftigt war, wird sich vollkommen darüber klar sein, daß es sich hier um ein ganz anderes Verhältnis als in einem industriellen Großbetrieb handelt.

Ich komme zum Schluß und möchte noch der gesamten Arbeitnehmerschaft zurufen, aus diesem Gesetz die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen, nämlich alle Kräfte im Dienste unserer hessischen Wirtschaft einzusetzen.

(Lebhafter Beifall bei SPD und CDU)

## Von den Lehren der Vergangenheit zur Gestaltung der Zukunft

Schlußwort des Abg. Heinrich Fischer vor der Abstimmung des Hessischen Landtages über das Betriebsrätegesetz.

Meine Damen und Herren!

Der Herr Kollege Bleek\*) von der LDP hat heute morgen u. a. gesagt: „Wir sind nicht bereit, einer revolutionären Umgestaltung des Betriebsräterechts zuzustimmen; zwar sind wir zur Mitarbeit an der Gestaltung eines Betriebsrätegesetzes bereit, jedoch nicht zu einer revolutionären Umgestaltung dieses Betriebsrätegesetzes“. Mit diesem einen Satz hat der Herr Kollege Bleek seine Stellung und die Stellung seiner Fraktion und Partei zutreffend gekennzeichnet. Mit diesem einen Satz hat er das gesagt, was kein anderer Vertreter seiner Partei hätte besser sagen können. Herr Bleek hat auch u. a. betont, es sei mit Sicherheit damit zu rechnen, daß man der LDP heute wieder ihre reaktionäre Einstellung und ihre reaktionäre Politik vorwerfen werde. Wer reaktionär ist, der muß damit rechnen, daß man ihn früher oder später als reaktionär erkennt und ihn auch als solchen kennzeichnet.

(Beifall und Zurufe: Sehr gut! bei der SPD)

An anderer Stelle hat Herr Kollege Bleek auch noch den Satz geprägt: „Wer die Freiheit will, hat auch soziale Verpflichtungen.“ Ich möchte Herrn Abg. Bleek bitten, den ihm nahestehenden Kreisen, insbesondere den Arbeitgebern, im Hinblick auf dieses Gesetz, das wir heute zu entscheiden haben, nachdrücklich dies zu sagen: „Wer die Freiheit will, hat soziale Verpflichtungen und wer nicht zu einer revolutionären Umgestaltung bereit ist, wer nicht für den Fortschritt eintritt, der ist oben ein Reaktionär.“ Wären Sie und Ihre Freunde, Herr Kollege Bleek, schon vor Jahren bereit gewesen, den fortschrittlichen Forderungen der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zuzustimmen, wären Sie damals dem Rufe, den wir erhoben haben, gefolgt, dann hätten Sie dem deutschen Volke und auch vielen anderen Völkern sehr viel Weh und Leid erspart.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Die Einwände und Argumente, die von der rechten Seite des Landtages heute wiederum ins Feld geführt worden sind, dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Einer der Hauptvorwürfe, die man uns nun schon seit Monaten macht, ist der Vorwurf, daß man dies bedeutungsvolle, entscheidende Gesetz in einem Eiltempo, in einer Hetze durchgepeitscht habe, daß man die einzelnen Bestimmungen nicht mit der notwendigen Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit beraten habe und daß man insbesondere

\*) Bleek, Abgeordneter der LDP, Oberbürgermeister von Marburg / Lahn.

die von den Experten erstatteten Gutachten unbeachtet gelassen habe. Tatsächlich aber wurde dieser Gesetzentwurf in mehr als 20 Sitzungen, in mehrmonatigen Beratungen behandelt. Dazu kamen viele interfraktionelle und persönliche Verhandlungen, viele Verhandlungen mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeber. Hinzugezogen wurden die Vertreter des Justizministeriums, des Arbeitsministeriums und des Sozialpolitischen Ausschusses. Alle diese Vertreter wurden nicht einmal, sie wurden immer und immer wieder gehört. Die einzelnen Paragraphen haben wir nicht einmal, sondern manche fast ein dutzendmal beraten und behandelt. Erst nach diesen monatelangen Beratungen kamen Sie dann mit dem Antrag, noch einmal diese besonderen Gutachter zu hören. Auch dieser Forderung sind wir nachgekommen.

Heute früh hat mein Freund Moosdorf\*) bereits gesagt, diese Gutachten hätten nicht den Beweis dafür geliefert, daß wir leichtfertig oder verantwortungslos gehandelt hätten; sondern durch diese Gutachten wurde der Beweis dafür geliefert, wie ungeheuer groß die Kluft zwischen der Wissenschaft und dem praktischen Leben oftmals ist. Die Herren Gutachter hätten sich bei ihren Betrachtungen doch auch einmal überlegen sollen, woher eigentlich die Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht stammt. Das ist heute hier noch nicht gesagt worden, und darum möchte ich es einmal sagen, warum wir Sozialisten dieses Mitbestimmungsrecht für notwendig halten. Die Geschichte der Weimarer Republik hat uns eindringlich gelehrt, daß die politische Demokratie schlechthin nicht ausreicht, um ein Volk vor dem Krieg, vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Es hat sich gezeigt, daß die wirtschaftliche Machtzusammenballung und der Mißbrauch dieser wirtschaftlichen Macht unter Umständen stärker sein kann als alle staatspolitische Macht.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Ja, diese wirtschaftliche Machtzusammenballung in der Lage ist, eine politische Staatsmacht zu sprengen und arbeitsunfähig zu machen. Hier liegen die tiefen Gründe, warum wir — und nicht nur wir Sozialisten, sondern auch wir das heute aus dem Munde des Herrn Abg. Fleckenstein\*\*) gehört haben, viele andere zu der Erkenntnis gekommen sind, daß neben die politische Demokratie — wenn die Demokratie unserer Nation von Bestand sein soll — in Zukunft auch die wirtschaftliche Demokratie treten muß. Darum fordern wir dieses Mitbestimmungsrecht! So wie der Arbeiter, so wie das Volk seine Vertreter in dieses Parlament schickt, um die politische Gleichberechtigung anzustreben, um den Staat politisch zu führen, ebenso wollen in den Betrieben die Werktätigen ihre Vertreter in die Wirtschaft wählen, die nicht dem Unternehmer entgegen, sondern in Gemeinschaft mit dem Unternehmer diese Wirtschaft führen, lenken und leiten.

Keinesfalls ist man berechtigt, uns den Vorwurf zu machen, wir wären leichtfertig über die Gutachten hinweggegangen. O nein! Bei aller Ernsthaftigkeit, die wir dieser Arbeit entgegengebracht haben, müssen wir aber doch eines feststellen: alle professorale Wissenschaft, Gewissenhaftigkeit und Weisheit haben es nicht vermocht, das deutsche Volk vor der nationalsozialistischen Gewaltpolitik zu retten.

(Sehr gut! bei der SPD)

\*) Moosdorf, Abgeordneter der SPD, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des Hessischen Landtages, Bürgermeister von Bad Vilbel.

\*\*) Fleckenstein, Abg. der CDU, Betriebsratsmitglied der Höchst Farbwerke.

Deshalb darf man uns nicht übelnehmen, wenn wir uns auf unserem Wege nicht aufhalten lassen. Man hat auch eingeworfen, daß durch dieses Mitbestimmungsrecht die Unternehmerinitiative, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe gefährdet sei. Gerade jetzt bekamen wir den Mahnruf des Herrn Abg. Dr. Ilau zu hören. Wenn man das so hört, dann könnte man in der Tat um die Arbeitgeber und Unternehmer besorgt sein.

Vielleicht erleben wir es noch einmal, daß in Deutschland oder im Lande Hessen, weil wir ein fortschrittliches Betriebsrecht haben, keiner mehr Arbeitgeber sein will.

(Sehr gut! bei der SPD)

Wir haben den Eindruck, als ob die vielen Eingaben, die uns in der letzten Zeit erreichten, von allerlei Seiten bestellt worden sind.

Meine Damen und Herren! Leider ist die Zeit zu kurz, um auf die Eingaben, die von Arbeitgeberverbänden, von Wirtschaftsprüfern usw. vorliegen, näher einzugehen. Ich hatte heute ein großes Erlebnis und ich weiß auch, daß es für viele andere ebenfalls ein Erlebnis war, als wir das Bekenntnis des Herrn Abg. Fleckenstein vernahmen, der uns allen aus dem Herzen sprach, als er sagte, die Verfassung habe uns eine Verpflichtung gegeben. Diese Verpflichtung haben wir zu erfüllen! Ich habe noch immer die Hoffnung, daß wir heute diesen Gesetzentwurf mit einer so überwältigenden Mehrheit verabschieden, daß nicht nur das deutsche Volk, sondern daß auch die Besatzungsmacht erkennt: Hier sind Demokraten, die eine Demokratie aufbauen und die sie so aufbauen wollen, daß sie nicht mehr gestürzt werden kann.

(Beifall und Händeklatschen bei der SPD)

## Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft

### Das Hessische Betriebsrätegesetz

Am 26. Mai d. Js. wurde vom hessischen Landtag das Betriebsrätegesetz verabschiedet. Für dieses Gesetz, das den Betriebsräten das Mitbestimmungsrecht in sozialen, personellen und bedingt auch in wirtschaftlichen Fragen sichert, wurde von den Abgeordneten der SPD, CDU und KP bejaht, während die Fraktion der LDP dagegen stimmte. Wir bringen die wesentlichsten Paragraphen, welche sich auf das Mitbestimmungsrecht beziehen und im hessischen Landtag zu scharfen Debatten führten.

#### Abschnitt VI: Aufgaben und Befugnisse der Betriebsräte A. Allgemeines

##### § 30

1. Der Betriebsrat ist verantwortlicher Träger des Mitbestimmungsrechtes gemäß Artikel 37 Absatz 2 der hessischen Verfassung. Er ist berufen, nach Maßgabe dieses Gesetzes im Benehmen mit den Gewerkschaften gleichberechtigt mit dem Arbeitgeber in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen mitzubestimmen.
2. Der Betriebsrat hat das Recht, die Gewerkschaften in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen.
3. Der Betriebsrat hat die Pflicht, den Arbeitsfrieden zu sichern und Streitigkeiten zwischen dem Betriebsrat, den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, der Arbeitnehmerschaft oder einzelnen Arbeitnehmern und dem Arbeitgeber durch Verhandlung beizulegen oder, falls es zu keiner Einigung kommt, die Hilfe in Frage kommender Instanzen anzurufen.

##### § 31

Der Betriebsrat ist berechtigt und verpflichtet, mit den Behörden bei der Verhinderung von Rüstungsvorhaben und zum Schutz der Verfassung (Artikel 146 ff. HV.) zusammenzuarbeiten.

##### § 33

Beschlüsse, die vom Arbeitgeber und dem Betriebsrat über Gegenstände, die dem Mitbestimmungsrecht unterliegen, gemeinsam gefaßt werden, sind in ein Buch mit fortlaufender Seitenzahl einzutragen. Die Beschlüsse sind vom Arbeitgeber und dem Vorsitzenden des Betriebsrates eigenhändig zu unterschreiben.

#### B. Mitbestimmungsrecht in sozialen Fragen

##### § 34

Der Betriebsrat hat, soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, insbesondere in folgenden Angelegenheiten mitzubestimmen:

1. Regelung der Akkorde und Stücklohnsätze und der für ihre Festsetzung maßgebenden Grundsätze;

2. Einführung neuer Löhnungsmethoden, insbesondere bei der Entscheidung über die Entlohnungsgrundsätze (Zeit- oder Stücklohn);
3. Festsetzung der Arbeitszeit, insbesondere bei Verlängerung und Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit;
4. Aufstellung des Urlaubsplans;
5. Festlegung der Grundsätze für die Ausbildung der Lehrlinge und Anwärter;
6. Schaffung und Verwaltung sozialer Einrichtungen, die der Wohlfahrt der Arbeitnehmer des Betriebes und ihrer Angehörigen dienen unter Einschluß von Kinderheimen, ärztlicher Fürsorge, Sport und ähnlichen Einrichtungen.
7. Festlegung der Grundsätze für die Einrichtung und Verwaltung von Werksküchen.

#### C. Mitbestimmungsrecht in personellen Fragen

##### § 37

1. Der Betriebsrat hat das Recht der Mitbestimmung in personellen Fragen bei Einstellungen, Entlassungen, Wiedereinstellungen, Ernennungen, Beförderungen, Umgruppierungen, Versetzungen und hinsichtlich der Werkschulen und Berufsausbildung.
2. Vor Neueinstellung eines Arbeitnehmers hat der Arbeitgeber dem Betriebsrat rechtzeitig bekanntzugeben, für welche Arbeit und für welchen Arbeitsplatz der Einzustellende vorgesehen ist. Die Unterlagen über die Person des Einzustellenden sind dem Betriebsrat zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen.

#### D. Das Mitbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Fragen

##### § 52

1. Das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats in wirtschaftlichen Fragen erstreckt sich auf folgende Aufgaben:
  - a) Änderung des Betriebszwecks und Veränderungen in den Betriebsanlagen, die geeignet sind, die Beschäftigungsverhältnisse der Arbeitnehmer des Betriebes wesentlich umzustellen,
  - b) Entscheidungen, die geeignet sind, durch Umstellung in dem Einkauf, der Erzeugung oder dem Absatz die Grundlagen des Betriebes wesentlich zu verändern,
  - c) Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden,
  - d) wesentliche Änderungen des Betriebsumfanges bei Betriebseinschränkungen, Verschmelzungen und Betriebsstillegungen.
2. Bei der Aufstellung des Arbeits- und Erzeugungsplanes hat der Betriebsrat mitzuwirken.
3. Das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats in wirtschaftlichen Fragen erstreckt sich nicht auf die Geschäfte der laufenden Verwaltung sowie auf Handlungen, die der Betrieb gewöhnlich mit sich bringt.

##### § 53

1. Der Betriebsrat hat das Recht, sich die Handels- und Steuerbilanzen vorlegen zu lassen.
2. Der Betriebsrat hat das Recht, in alle Geschäftsunterlagen des Betriebes, auf die sich ein Mitbestimmungsrecht erstreckt, insbesondere in die Handelsbücher, die Korrespondenz und die abgeschlossenen schriftlichen Verträge Einsicht zu nehmen.
3. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem Betriebsrat regelmäßig mindestens in vierteljährlichen Abständen an Hand der Geschäftsunterlagen Bericht über alle geschäftlichen Vorgänge zu erstatten.

##### § 54

Der Betriebsrat ist verpflichtet, über die ihm zur Kenntnis gekommenen, nach Lage der Dinge geheimzuhaltenden Tatsachen und Vorgänge Stillschweigen zu bewahren. Dieser Schweigepflicht unterliegen auch sonstige an den Verhandlungen teilnehmende Personen.

##### § 55

1. In Betrieben, für die ein Aufsichtsrat besteht, sind, soweit nicht durch Vereinbarung zwischen dem Aufsichtsrat und Betriebsrat eine andere Zahl festgelegt wird, zwei Mitglieder des Betriebsrats in den Aufsichtsrat zu entsenden, um die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer zu vertreten und das Recht auf Mitbestimmung des Betriebsrats zu wahren. Für jedes in den Aufsichtsrat des Betriebes zu entsendende Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen.
2. Die Vertreter des Betriebsrats sind berechtigt, an den Sitzungen des Aufsichtsrates mit beratender Stimme teilzunehmen.
3. Mitglieder des Betriebsrats, die in den Aufsichtsrat entsandt werden, erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen eine angemessene Aufwandsentschädigung, deren Höhe der Aufsichtsrat bestimmt.
4. Sie sind verpflichtet, über die ihnen gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren. Die Schweigepflicht gilt nicht gegenüber den Mitgliedern des Betriebsrats, die auch insoweit der Pflicht zur Verschwiegenheit gemäß § 54 unterliegen.

##### § 56

Ueber Streitigkeiten aus dem Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats, soweit es sich um Streitigkeiten über das Bestehen und den Umfang des Mitbestimmungsrechtes handelt, entscheidet das Arbeitsgericht.

##### § 57

Kommt zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat in einer sozialen, personellen oder wirtschaftlichen Frage, die dem Mitbestimmungsrecht der Betriebsvertretungen unterliegt, eine Einigung nicht zustande, so entscheidet über diesen Regelungsstreit ein Schiedsausschuß.

##### § 58

Der Schiedsausschuß besteht aus einem Vorsitzenden und je einem Beisitzer aus den Kreisen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber.